

# Politische Forderungen der IG eHealth

## Gesetzgebung im Gesundheitswesen

Die Aufgaben und Verantwortlichkeiten im Gesundheitswesen sind föderalistisch auf Bund, Kanton und Gemeinden aufgeteilt. Jährlich nimmt die Regelungsdichte zu.

**Forderung: Jedes neue Gesetz im Gesundheitsbereich muss den Ansprüchen der Digitalisierung Rechnung tragen. Dabei ist sicherzustellen, dass neue Systeme interoperabel mit bestehenden Systemen sind.**

## Strategie digitales Gesundheitswesen

Der Bundesrat hat einen Bericht über die digitale Wirtschaft verfasst. Ein wichtiges Kapitel ging vergessen: das Gesundheitswesen mit Gesamtkosten von 71,335 Mia. Franken (BAG, 2014) und 379000 Beschäftigten (BFS, 2016).

**Forderung: Der Bundesrat soll in einem Strategiepapier darlegen, wie sich das Gesundheitswesen mit digitalen Instrumenten verändert, wie die Chancen genutzt und Risiken vermindert werden können.**

## Förderung im ambulanten Sektor

ePatientendossiers werden bald Wirklichkeit, allerdings nur im stationären Sektor. Es braucht Massnahmen, damit sich niedergelassene Ärzte Gemeinschaften anschliessen. Solange ein Obligatorium fehlt, sind Anreize zu schaffen:

### Forderungen:

- Die IG eHealth schlägt vor, zeitlich befristet eine Pauschalentschädigung für das Eröffnen von EPD zu schaffen.
- Auf Tarifen für ambulante Leistungserbringer, welche EPD führen, ist befristet ein Zuschlag auf dem Tarmed zu gewähren.
- Die IG eHealth empfiehlt den Kantonen, die Eröffnung von Patientendossiers mit Gutscheinen zu entschädigen.

## Verpflichtung zu elektronischer Dokumentation

Nach wie vor schreiben viele Hausärztinnen und Hausärzte die Krankengeschichte von Hand, Rezepte und Überweisungen werden per Fax verschickt. Es ist nicht mehr zeitgemäss, medizinische Dokumente von Hand zu führen. Gleiche Daten müssen mehrfach erfasst werden, unleserliche Daten führen zu Ineffizienzen und Fehlern.

### Forderungen:

- Ambulant tätige Leistungserbringer sollen nach einer Übergangsfrist verpflichtet werden, medizinische Daten elektronisch zu führen und zu übermitteln.
- In einem ersten Schritt kann das Anrecht der Patienten erweitert werden, nicht nur stationäre, sondern auch ambulante Daten im EPD eingefügt zu erhalten.

## Unterstützung Software-Anbieter bei Schnittstellenanbindung

---

Viele Hersteller von Praxissoftware-Systemen haben nur eine geringe Zahl an Kunden und entsprechend wenig Investitionsmöglichkeiten.

**Forderung: Die Mitglieder betroffener Verbände sollen gemeinsam Lösungen erarbeiten, damit die einzelnen Software-Hersteller die EPD-Schnittstellen zu geringen Kosten einbauen können.**

## Medizinische Register

---

Medizinische Register tragen zur Qualität im Gesundheitswesen bei. Die Zahl der obligatorischen und der freiwillig eingesetzten medizinischen Register wird zunehmen. Es besteht die Gefahr, dass Parallelstrukturen mit unterschiedlichen Sicherheitsstandards geschaffen werden. Die Vorgaben gelten für alle Registerbetreiber, welche Daten einfügen, die über die Grundversicherung abgerechnet werden.

### Forderungen:

- **Alle Register müssen über die EPD-Architektur Daten austauschen können.**
- **Register sind anzumelden, einheitliche Datenschutzstandards sind einzuhalten und die Daten sollen für Forschungszwecke verfügbar gemacht werden.**

## Prävention und nicht übertragbare Krankheiten

---

Gemäss einer Studie des BAG verursachen nicht übertragbare Krankheiten (NCD) 80 Prozent der Gesundheitskosten. Studien zeigen: Vernetzen sich die Leistungserbringer und die Patienten elektronisch, steigt die Lebensqualität und die Kosten nehmen ab.

**Forderung: Patienten, die digitale Instrumente bei der Prävention und bei der Behandlung chronischer bzw. nicht übertragbarer Krankheiten einsetzen, erhalten eine Prämienreduktion.**

## Ausbildung von Gesundheitsfachpersonen

---

Die Digitalisierung des Gesundheitswesens stellt hohe Anforderungen an Gesundheitsfachpersonen und erweitert Berufsbilder.

**Forderung: In der Ausbildung von Gesundheitsfachpersonen müssen die Auswirkungen der Digitalisierung abgebildet werden. Die Bildungspläne auf Bundesebene für alle Gesundheitsberufe sind anzupassen.**